VORWORT

In den letzten Jahren ist in der gesellschaftspolitischen Diskussion – in Österreich wie in vielen europäischen Staaten – ein deutlicher Wandel in den Sozialstaatsoptionen zu beobachten. Die Forderung nach mehr Eigenverantwortung verdrängt zunehmend jene nach gesellschaftlicher Solidarität. Damit werden nicht nur viele, teils gravierende, sozialstaatliche Veränderungen zu legitimieren versucht, sondern die Forderung nach mehr Eigenverantwortung ist zumeist auch mit dem Versprechen von mehr Selbstbestimmung verknüpft. Fraglich ist, ob dies zutrifft.

Auch der Begriff der Gerechtigkeit wird neu diskutiert. Von welchen Gerechtigkeitsnormen waren Sozialstaaten bisher geprägt? Wie haben sich diesbezügliche sozialstaatliche Zielperspektiven und Aufgabenstellungen verschoben? Ist soziale Gerechtigkeit out? Muss diese in einem veränderten Umfeld auch im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den Geschlechtern neu bestimmt werden?

Ziel der in Kooperation zwischen der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien und dem Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien durchgeführten Tagung war es, zwei wesentliche Fragestellungen auszuleuchten, nämlich:

- Was sind die ethischen und normativen Grundlegungen des Sozialstaates und in welcher Weise verändern sich diese?

- Welche Rolle kommt dem Sozialstaat heute bei der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit zu und welche Herausforderungen ergeben sich daraus – für den Sozialstaat aber auch für eine kritische Sozialwissenschaft?

Mit der vorliegenden Tagungsdokumentation soll ein Beitrag zur Fortführung einer kritischen Diskussion dieser Fragestellungen geleistet werden.

Wien, Dezember 2007
Ursula Filipič, AK Wien
Emmerich Tálos, Universität Wien